

Stand: 18.12.2025 15:06:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21548

"Was macht die Staatsregierung gegen Pflegebetrug?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21548 vom 09.04.2018
2. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 10.04.2018
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22828 des GP vom 07.06.2018
4. Beschluss des Plenums 17/22917 vom 26.06.2018
5. Plenarprotokoll Nr. 135 vom 26.06.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Was macht die Staatsregierung gegen Pflegebetrug?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, möglichst zeitnah und jedenfalls noch in der 17. Wahlperiode dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege schriftlich und mündlich darüber zu berichten, wie sie den „10-Punkte-Plan zur Prävention und Bekämpfung von Abrechnungsbetrug in der Pflege“ der Arbeitsgemeinschaft der Kranken- und Pflegekassenverbände in Bayern (ARGE) vom Februar 2018 beurteilt und wie sie die Umsetzung des Plans zu unterstützen gedenkt.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer vollständigen Meldung des in der Patientenversorgung eingesetzten Pflegepersonals von ambulanten Pflegediensten mit Name, Namenskürzel, Qualifikation, Rentenversicherungsnummer und Beschäftigungsumfang? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und wie welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
2. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer Übermittlung der präzisen Anfangs- und Endzeiten der Leistungserbringung durch die Pflegedienste? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Vorschriften in den §§ 105 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) und 302 Abs. 1 Satz 2 ergreifen (bitte um Begründung der Antwort)?
3. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach verbesserten Prüfmöglichkeiten durch die Fehlverhaltensstellen der Kranken- und Pflegekassen und nach einer Mitwirkungspflicht der Versicherten? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägi-

gen Vorschriften in den §§ 132a Abs. 2 SGB V und 72 SGB XI ergreifen (bitte um Begründung der Antwort)?

4. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer Abkopplung der Abrechnungsprüfung von einer Qualitätsprüfung und der Verpflichtung von Pflegebedürftigen, die dafür notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und wie welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
5. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE, bei Auffälligkeiten in der Abrechnung eigenständige Prüfungen mittels unangemeldeter Hausbesuche bei Pflegebedürftigen durchführen zu können? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
6. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer bundesweiten Präventionsdatenbank für verurteilte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
7. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach erweiterten Prüfmöglichkeiten bei der Zulassung ambulanter Pflegedienste, etwa durch ein erweitertes Führungszeugnis? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Vorschriften in den §§ 197a Abs. 3a SGB V und 47a Abs. 2 SGB XI ergreifen (bitte um Begründung der Antwort)?
8. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer Erweiterung der Möglichkeiten für Vertragsstrafen? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Vorschriften in den §§ 75 SGB XI und 132a SGB V ergreifen (bitte um Begründung der Antwort)?
9. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach der Einrichtung von „Schwerpunkt-Ermittlungsbehörden“ mit der Spezifikation Betrug im Gesundheits- und Pflegebereich? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwen-

dig, und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?

Begründung:

Medienberichten zufolge erleiden die Kranken- und Pflegekassen durch gewerbsmäßigen Betrug bei der Erbringung von Pflegeleistungen einen Schaden von jährlich mindestens 1,25 Mrd. Euro. Geschädigt werden zudem die Kommunen, die für die Sozialhilfeleistung „Hilfe zur Pflege“ aufkommen müssen. Einem Bericht der europäischen Polizeibehörde Europol zufolge, ist das kriminelle Geschäft mit dem Pflegebetrug besonders lukrativ, weil es hohe Gewinne abwirft, das Entdeckungsrisiko gering ist und deutlich geringere Strafen als in traditionellen Kriminalitätsfeldern wie dem Drogen- oder Menschenhandel verhängt werden. Regionale Schwerpunkte der Pflegekriminalität liegen Berichten zufolge in Bayern, Berlin und Niedersachsen.

In einem aktuellen, vor dem Düsseldorfer Landgericht verhandelten Fall, wurde statt täglicher intensiver Betreuung durch Fachpersonal einmal in der Woche eine Putzkraft zum Säubern vorbeigeschickt. Statt tatsächlich teure Kompressionsstrümpfe zu wechseln, gab es für die Patientinnen und Patienten ein Taschengeld auf die Hand. Der Betrugsmecha-

nismus funktionierte deswegen so lange so gut, weil die Opfer oft Teil des Betrugs wurden. Patienten und Angehörige unterzeichneten die teuren Pflegenachweise und kassierten dafür mit: Manche bekamen Provisionen von bis zu 1.000 Euro, andere wurden mit Gratis-Pediküren gekauft, sogar zu Ausflügen wurde bei Stillschweigen eingeladen. Die komplizierten Regelungen für die Abrechnung von Einzelleistungen der Pflege machen es den Tätern leicht. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen werden oft eingestellt oder Anzeigen nur sehr schleppend verfolgt.

Die mit den Pflegestärkungsgesetzen II und III erfolgten gesetzlichen Änderungen, insbesondere die verpflichtende Abrechnungsprüfung zum 01.10.2016 im Rahmen der Qualitätsprüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankversicherung (MDK) und den Prüfdienst der privaten Krankenversicherung, waren ein erster Schritt in die richtige Richtung zur besseren Verfolgung von Fehlverhalten in der Pflege. Die bayerischen Kranken- und Pflegekassen haben zur effektiven Bekämpfung von Abrechnungsbetrug bereits im Jahr 2016 die „Task Force Pflege“ gebildet. Im Februar 2017 hat die ARGE der bayerischen Kranken- und Pflegekassen ein Positionspapier mit Verbesserungsvorschlägen vorgelegt. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz hat vergleichbare Forderungen in einem Acht-Punkte-Plan zur Bekämpfung von Betrug in der Pflege vorgelegt.

Die Idee, den empfohlenen Anstellungsschlüssel anzuheben, ist grundsätzlich zu unterstützen. Aber wir FREIEN WÄHLER geben zu bedenken, dass wir Gefahr laufen, die kommunale Ebene über Gebühr zu belasten, weil diese mehr Geld für das Personal ausgeben soll.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf ein anderes Konzept der FREIEN WÄHLER hinweisen, nämlich eine Sockelfinanzierung durch den Freistaat, die wir schon öfters gefordert haben. Das könnte eine zusätzliche Verbesserung für die bayerischen Kitas und ihre Beschäftigten bringen. Durch eine Sockelfinanzierung könnten die Kitas in die Lage versetzt werden, den Verwaltungsaufwand, die Randzeitenbetreuung und die individuelle Familienbetreuung angemessen zu berücksichtigen. Das würde insbesondere kleinen Einrichtungen zugutekommen. Das halten wir FREIEN WÄHLER für ganz besonders wichtig.

Die Zielrichtung der SPD und der GRÜNEN ist richtig, aber für uns ist die Finanzierung noch fraglich, insbesondere wenn es augenscheinlich um die Finanzierung durch die kommunale Ebene geht, die Finanzierungen, die auf die Kommunen abgewälzt werden. Deswegen können wir den Anträgen nicht zustimmen, sondern werden uns enthalten. Der Ansatz ist richtig, aber wir müssen ein Konzept finden, das die Kommunen entlastet und nicht zusätzlich belastet. Wir müssen natürlich auch für eine attraktivere Gestaltung des Erzieherberufs sorgen. Das ist auch in unserem Sinn. Wir FREIEN WÄHLER gehen das Konzept der besseren Sockelfinanzierung an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redezeiten sind jetzt zu Ende. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Wartezeit für die namentliche Abstimmung ist noch nicht erfüllt. Auch die einfache Abstimmung ist jetzt noch nicht möglich. Wir müssen diesen Punkt also zunächst einmal zurückstellen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/21544, 17/21545, 17/21547, 17/21548, 17/21561 und 17/21562 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauenfeindlich motivierte Kriminalität erfassen und bekämpfen (Drs. 17/18888)**

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass 24 Minuten Redezeit vereinbart sind. Erste Rednerin ist die Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dank "#MeToo" weiß die ganze Welt, dass Schauspielerinnen am Set belästigt werden. Wer aber denkt, dass Frauenfeindlichkeit nur Filmstars oder Promis betrifft, liegt falsch. Ich weiß nicht, wer die "SZ" am Wochenende gelesen hat. Der längere Artikel "14 ungeschminkte Wahrheiten über Sexismus im Alltag" hat einen, wie ich finde, sprachlos gemacht.

Kolleginnen und Kollegen, da hat man ein paar Beispiele gefunden, bei denen einem richtiggehend schlecht wird: eine Supermarktkassiererin, die sich keine T-Shirts mit V-Ausschnitt mehr anzieht oder nicht mehr einen Blusenknopf geöffnet lässt, die Altenpflegerin, die nicht nach ihrem Können, sondern anhand ihres Körpers beurteilt wird, und so weiter und so fort. Darüber hinaus kann sicher die eine oder andere Frau berichten, wie sie online angegriffen wird, weil sie eine Meinung formuliert hat. Sie wird angegriffen und beleidigt, nur weil sie eine Frau ist. Ich bin mir auch sicher, dass fast jede Frau die eine oder andere Situation kennt, in der Arbeit, daheim, auf der Straße, in der ein blöder Spruch, ein Angriff, eine Beleidigung kam aufgrund des Geschlechts. Das ist Frauenfeindlichkeit, und das passiert täglich in ganz Bayern. Egal, ob online oder offline, egal, ob auf dem Weg zur Arbeit, in der Schule oder abends beim Feiern, egal, ob körperliche Gewalt oder mündliche: Gewalt gegen Frauen hat System und ist kein privates Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dank der "#MeToo"-Bewegung redet und streitet die Gesellschaft darüber, was geht und was nicht geht. Ich finde, jetzt liegt es an uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern, diese Grenzüberschreitungen gegen Frauen, die eindeutig über unsere Gesetze hinausgehen, auch sichtbar zu machen. Frauenhass wurde viel zu lange als Ansammlung von Einzelfällen behandelt.

Deswegen stellen wir GRÜNEN heute den Antrag, Frauenfeindlichkeit in die polizeiliche Kriminalstatistik aufzunehmen und das Kriterium "Geschlecht" im Bereich der Hasskriminalität zu ergänzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/21548

Was macht die Staatsregierung gegen Pflegebetrug?

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Ruth Waldmann**
Mitberichterstatler: **Hermann Imhof**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 80. Sitzung am 17. April 2018 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 93. Sitzung am 7. Juni 2018 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/21548, 17/22828

Was macht die Staatsregierung gegen Pflegebe- trug?

Die Staatsregierung wird aufgefordert, möglichst zeitnah und jedenfalls noch in der 17. Wahlperiode dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege schriftlich und mündlich darüber zu berichten, wie sie den „10-Punkte-Plan zur Prävention und Bekämpfung von Abrechnungsbetrug in der Pflege“ der Arbeitsgemeinschaft der Kranken- und Pflegekassenverbände in Bayern (ARGE) vom Februar 2018 beurteilt und wie sie die Umsetzung des Plans zu unterstützen gedenkt.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer vollständigen Meldung des in der Patientenversorgung eingesetzten Pflegepersonals von ambulanten Pflegediensten mit Namen, Namenskürzel, Qualifikation, Rentenversicherungsnummer und Beschäftigungsumfang? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
2. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer Übermittlung der präzisen Anfangs- und Endzeiten der Leistungserbringung durch die Pflegedienste? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Vorschriften in den §§ 105 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) und 302 Abs. 1 Satz 2 ergreifen (Bitte um Begründung der Antwort)?

3. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach verbesserten Prüfmöglichkeiten durch die Fehlverhaltensstellen der Kranken- und Pflegekassen und nach einer Mitwirkungspflicht der Versicherten? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Vorschriften in den §§ 132a Abs. 2 SGB V und 72 SGB XI ergreifen (Bitte um Begründung der Antwort)?
4. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer Abkopplung der Abrechnungsprüfung von einer Qualitätsprüfung und der Verpflichtung von Pflegebedürftigen, die dafür notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und wie welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
5. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE, bei Auffälligkeiten in der Abrechnung eigenständige Prüfungen mittels unangemeldeter Hausbesuche bei Pflegebedürftigen durchführen zu können? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
6. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer bundesweiten Präventionsdatenbank für verurteilte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?
7. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach erweiterten Prüfmöglichkeiten bei der Zulassung ambulanter Pflegedienste, etwa durch ein erweitertes Führungszeugnis? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Vorschriften in den §§ 197a Abs. 3a SGB V und 47a Abs. 2 SGB XI ergreifen (Bitte um Begründung der Antwort)?
8. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach einer Erweiterung der Möglichkeiten für Vertragsstrafen? Wird die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Vorschriften in den §§ 75 SGB XI und 132a SGB V ergreifen (Bitte um Begründung der Antwort)?

9. Wie beurteilt die Staatsregierung die Forderung der ARGE nach der Einrichtung von „Schwerpunkt-Ermittlungsbehörden“ mit der Spezifikation Betrug im Gesundheits- und Pflegebereich? Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Staatsregierung zur Umsetzung dieser Forderung notwendig, und welche Maßnahmen wird die Staatsregierung hierzu selbst ergreifen?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 5)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 5)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich warte noch ein bisschen, damit das Ergebnis eindeutiger wird. – Das sind zunächst einmal alle Fraktionen. Herr Kollege Felbinger (fraktionslos) hebt zwar die Hand, aber ich muss ihn fragen, ob und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will. – Er lässt es also bleiben. Okay. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Service Learning in Bayern flächendeckend umsetzen
Drs. 17/20617, 17/22836 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Autismusstrategie für den Freistaat entwickeln!
Drs. 17/20622, 17/22427 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD
Integration erfolgreich gestalten: „Berufliches Übergangsjahr“ für junge Geflüchtete bedarfsorientiert stärken!
Drs. 17/21135, 17/22837 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lebendfangjagd zur Bekämpfung invasiver Tierarten bayernweit fördern
Drs. 17/21229, 17/22429 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Ingrid Heckner u.a. und Fraktion (CSU)
Gründung einer Professur mit dem Schwerpunkt auf der Versorgung von Menschen mit Behinderung an der medizinischen Fakultät der Universität Augsburg
Drs. 17/21253, 17/22802 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Hohe Konzentrationen von Umweltgiften in ganz Bayern: Gefahren für Mensch und Natur durch PFC ernst nehmen – so schnell wie möglich Konsequenzen ziehen!
Drs. 17/21257, 17/22430 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Gründung eines „Galileo-Competence-Centers“
Drs. 17/21271, 17/22832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für die Mittagsverpflegung an Kita und Schule
Drs. 17/21448, 17/22774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

9. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Absenkung Mindestförderbetrag im Kulturlandschaftsprogramm
Drs. 17/21455, 17/22696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
An den Grundschulen brennt es lichterloh – Mangel beseitigen, Unterstützung anbieten, Qualität sichern
Drs. 17/21462, 17/22838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Wirtshauskultur pflegen
Drs. 17/21512, 17/22833 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Förderung von Drohneneinsätzen zur Kitzrettung
Drs. 17/21544, 17/22697 (A)

Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGescho
Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Was macht die Staatsregierung gegen Pflegebetrug?
Drs. 17/21548, 17/22828 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
Mähtod bei Wildtieren nachhaltig reduzieren
Drs. 17/21561, 17/22698 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Gesundes Mittagessen im schulischen Ganzttag muss für alle kostenfrei sein
Drs. 17/21575, 17/22839 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wanderschäferi in die Weideprämie des Kulturlandschaftsprogramms aufnehmen
Drs. 17/21654, 17/22327 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwarzarbeit und organisierte Kriminalität am Bau wirksam bekämpfen
Drs. 17/21678, 17/22813 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU
Milcherzeuger weiter stärken – Bündelungsmenge angemessen anheben
Drs. 17/21681, 17/22383 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Empfehlung zur Änderung der Verordnung über apothekenpflichtige und
freiverkäufliche Arzneimittel umsetzen – Oxalsäure und thymolhaltige Präparate
aus der Apothekenpflicht entlassen
Drs. 17/21758, 17/22723 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz CSU
Insolvenzverfahren erleichtern
Drs. 17/21759, 17/22812 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Bezuschussung des Zentrums für Telematik e. V. in Gerbrunn
durch den Freistaat
Drs. 17/21813, 17/22834 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Gute und faire Arbeitsbedingungen für Lehrbeauftragte
Drs. 17/21878, 17/22803 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kontrolle und wirksame Umsetzung der Ausgleichs- und Ersatzflächen in Bayern
Drs. 17/21880, 17/22825 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. und Fraktion (CSU)
Bundesweit abgestimmtes Bahnsteighöhenkonzept entwickeln
Drs. 17/21881, 17/22835 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unendliche Geschichte? Keine Fortführung des Solidarpakts zulasten der Kommunen
Drs. 17/21883, 17/22775 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wertschätzung gegenüber Lehrbeauftragten muss sich in konkreten Maßnahmen widerspiegeln!
Drs. 17/21898, 17/22804 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Kommunen stärken: Keine erhöhten Gewerbesteuerumlagen über 2019 hinaus
Drs. 17/21901, 17/22776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Angekündigte Reform der Landwirtschaftsverwaltung –
Klarheit für Beschäftigte und Landwirte
Drs. 17/21906, 17/22810 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Ingrid Heckner u.a. CSU
Unterstützungsangebote für Hochbegabte und ihre Eltern
Drs. 17/21972, 17/22840 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Wolfgang Fackler, Peter Winter u.a. CSU
Bewährte Umsatzsteuerpauschalierung bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben erhalten
Drs. 17/21989, 17/22724 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Angelika Schorer u.a. CSU
Schaf- und Ziegenhalter besser fördern
Drs. 17/22032, 17/22695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehrermangel jetzt vorbeugen: Integrierte Lehrerreserven aufbauen und pädagogische Herausforderungen meistern!
Drs. 17/22072, 17/22841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ehemalige NS-Bauten mit Infotafeln ausstatten
Drs. 17/18887, 17/22742

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kritik des Obersten Rechnungshofs an Förderung von Musikveranstaltungen
Drs. 17/21451, 17/22743

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären